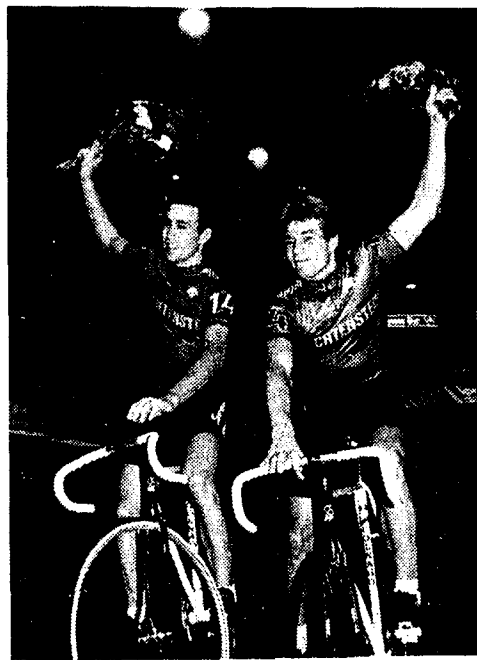


Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.



Madri der Sechstagerrennen: Sieg für Hermann/Hermann!

Die grossen Sieger des Madri der Sechstagerrenns heissen Roman und Sigmund Hermann! Das schlagkräftige Duo aus Liechtenstein (unser Bild) gewann bereits das erste Six-jours dieses Jahres in Köln und sorgte damit für den ersten Sieg eines Bürgerpaares in der langen Geschichte der Sixdays. Die zum ersten Mal in der neuen Saison zusammenspannenden Brüder waren in Madrid von Anbeginn in der Spitze präsent und hatten schliesslich die Nase knapp vor den rundgleichen Pijnen/Cabestany und Tourné/De Wilde. Damit konnte sich Roman seinen sechsten und Sigmund seinen zweiten Profisix-jours-Sieg notieren lassen. Heute abend bereits werden die Madrid-Gewinner als Gegner - Roman mit Jupp Kristen und Sigmund mit Christian Goldschagg - in das seit langem ausverkaufte Sechstagerrennen in München steigen. (Mehr im Sportteil.)

Schaaner Gemeindehaushalt

Glänzender Rechnungsabschluss 85

Einen glänzenden Rechnungsabschluss für das Jahr 1985 kann die Gemeinde Schaan präsentieren. Wie dem eben veröffentlichten Jahresbericht und der Jahresrechnung 85 entnommen werden kann, schliesst die Verwaltungsrechnung bei Einnahmen in Höhe von 16.78 Millionen Franken und Ausgaben von 8.13 Millionen Franken unter Berücksichtigung der Abschreibungspositionen von 2.81 Millionen Franken mit einem Ertragsüberschuss von 5.833 Millionen Franken ab. Das Jahr 1985 war einerseits ein Jahr der Konsolidierung und andererseits ein Jahr, in welchem vieles in die Wege geleitet wurde.

Die Investitionsrechnung verzeichnet nach der Übernahme der Abschreibungen und der Übernahme des Ertragsüberschusses aus dem laufenden Haushalt einen Deckungsüberschuss von 7,66 Millionen Franken.

Somit haben sich weitere wichtige Reserven gebildet. Wenn auch die eine oder andere Reserve aus leider nicht möglich gewordenen, jedoch geplanten Investitionen herkommt, so kann die Finanzlage als sehr erfreulich bezeichnet werden. Im Hinblick auf die nächsten Jahre werden nach den Worten von Vorsteher Lorenz Schierscher die Reserven, besonders wenn die Wirtschaftslage rückläufig werden sollte, dringend benötigt. Als Stichworte nennt er insbesondere: Altbauanierungen, Pfarrhaus, TaK, Tennishalle, alter Rathaussaal, Ortszentrum, Forstwerkstätte, Beendigung der Kanalisation, Überholung des gesamten Wasserleitungsnetzes, Rufeverbauungen und Ausgaben im Umweltschutzbereich.

Die Bilanzsumme ist auf 81,313 Millionen Franken angewachsen und das Reinvermögen beträgt fast 19 Millionen Franken.

Steckt der Fremdenverkehr in einer Sackgasse?

Forderung nach qualitativem Tourismus auf der einen Seite, andererseits Probleme mit der Finanzierung

Auch wenn der Landtag dem Antrag der Regierung folgt und der Anhebung der Höchstgrenzen für die Fremdenverkehrsumlagen sowie der Abschreibung der vom Land geleisteten Vorschüsse an die Fremdenverkehrszentrale von 585 000 Franken seine Zustimmung erteilt, wird das Thema Fremdenverkehr nicht aus der öffentlichen Diskussion verschwinden. Die Frage der Finanzierung der Fremdenverkehrszentrale und der Fremdenverkehrswerbung sowie das Problem der Fremdenverkehrsumlagen und die staatliche Förderung werden als Diskussions-themen nach einem Entscheid des Parlaments zurückbleiben. Auch die Forderung nach dem Übergang vom quantitativen zum qualitativen Tourismus dürfte weiterhin die Diskussionen beleben.

Die Frage nach dem Stellenwert des Fremdenverkehrs in unserem Land ist bereits beantwortet. Dem Tourismus im Fürstentum Liechtenstein komme, so fasste das Seminar für Fremdenverkehr an der Hochschule St. Gallen 1968 ihre Untersuchung über den Fremdenverkehr zusammen, «in gesamtwirtschaftlicher Hinsicht lediglich eine sekundäre Bedeutung» zu. Und bei der Schaffung des Fremdenverkehrsgesetzes betonte die

Regierung in ihrem Antrag an den Landtag im Jahre 1971, «bei der heutigen Arbeitsmarktlage und der gegebenen Wirtschaftsstruktur» gehe es nicht darum, «den Fremdenverkehr in ganz Liechtenstein um allen Preis zu fördern und ihm gar das Primat vor den andern wirtschaftlichen Tätigkeiten zu geben.»

Einschätzung unverändert geblieben

An dieser Einschätzung, die offensichtlich auch von einer Mehrheit im Landtag sowie von einem grossen Teil der Bevölkerung geteilt wird, hat sich wenig verändert, obwohl die Untersuchung und die Stellungnahme der Regierung schon einige Jahre zurückliegen. Aber auch im touristischen Angebot änderte sich in dieser Zeit wenig: Nach wie vor konzentriert sich das touristische Angebot, und damit auch die Nachfrage, auf Vaduz und das Ortsgebiet Triesenberg mit den kleineren Ferienorten vor und hinter dem Kulm. Die Fremdenverkehrszahlen sind zwar angestiegen, aber immer noch beläuft sich die durchschnittliche Anwesenheitsdauer pro Gast auf knapp zwei Tage, die Auslastung des Bettenangebotes bewegt sich weiterhin bei nicht einmal einem Drittel im Jahresdurchschnitt.

Die Zielsetzungen für den Fremdenverkehr sind schon mehrfach formuliert worden, seit der Landtag 1971 ein neues Fremdenverkehrsgesetz schuf. Und jetzt werden, weil ein Defizit von ungefähr einer halben Million Franken vorliegt, diese Zielsetzungen sowohl im Landtag als auch in der Öffentlichkeit wieder diskutiert, vielleicht auch variiert, ohne dass deswegen mehr Gäste ins Land kommen werden. Fünf Jahre nachdem das Gesetz über den Fremdenverkehr in Kraft war, schrieb Fremdenverkehrsdirektor Berthold Konrad in der «Bergheimat», dass der Blick in die Zukunft zuversichtlich sei: «Wir wollen aber nicht allein nach wirtschaftlichen Zielen trachten, sondern es müsste uns auch sehr daran gelegen sein, einer jener künftigen Zufluchtsorte in den Alpen zu bleiben, die dem Mitteleuropäer noch als Ausgleich zum Stress verbleiben werden.» In einem Konzeptvorschlag formulierte er 1983, langfristig sollte «eine möglichst optimale Befriedigung der vielfältigen touristischen Bedürfnisse für Menschen im Rahmen leistungsfähiger touristischer Einrichtungen und einer intakten Umwelt angestrebt werden.»

Angebot und Nachfrage

Und in einem Werbekonzept, das offenbar wieder den Weg in die Schublade gefunden hat, hiess es schon vor drei Jahren: «Um die Gunst des Touristen zu gewinnen, ist es heute notwendiger als früher, sinnvoll und zielgerichtet zu werben. Allerdings kann auch die beste Reklame nur dann bestehen, wenn ein gutes touristisches Angebot vorhanden ist. Dieses hängt letzten Endes von der Initiative jedes Einzelnen ab.» Angebot und Nachfrage halten sich auch im touristischen Bereich die Waage. Daraus kann geschlossen werden, dass der Übergang zu einem mehr qualitativ ausgerichteten Tourismus erst in Gang gebracht werden kann, wenn die notwendigen Angebote vorliegen. Solange sich die Mehrheit der Hotels und Gästezimmer an den stark frequentierten Durchgangstrassen befinden, solange sich die Gäste nur an der Landschaft sattsehen können, solange es nicht möglich ist, eine ganze Reisegruppe in einem einzigen Hotel mit der heute erforderlichen Infrastruktur unterzubringen, solange bleibt die Forderung nach einem qualitativ höherstehenden Tourismus reine Theorie. (G.M.)

Mehraufwand für Veranstaltungen

Die Regierung beantragt einen Nachtragskredit von 220 000 Franken

Die Kosten für Veranstaltungen und Repräsentationen, an denen der Staat direkt oder indirekt beteiligt ist, werden in diesem Jahr höher ausfallen als geplant. Die Regierung ging bei der Budgeterstellung von einem Aufwand in Höhe von 550 000 Franken aus. Nun ersucht sie den Landtag um einen Nachtragskredit von 220 000 Franken, wie aus der nachstehenden Begründung der Regierung hervorgeht.

Der Aufwand für Veranstaltungen und Repräsentationen wird im laufenden Jahr einen Kreditumfang von rund 770 000 Franken erforderlich machen. Wie in den Vorjahren fanden auch in diesem Jahr wieder zahlreiche Besuche, Tagungen und Veranstaltungen auf Parlaments-, Regierungs- und Amtsebene statt, die zu einer Ausweitung der Kosten für die Repräsentationsverpflichtungen führten. Im Mai fand eine Tagung des Ausschusses für Kultur und Erziehung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Liechtenstein statt. Ende August besuchte Bundesrat Dr. Kurt Furgler und anfangs September konnte der österreichische Aussenminister Dr. Jankowitsch zu einem offiziellen zweitägigen Staatsbesuch empfangen werden. Kostenintensiv wirkten sich auch die Teilnahme Liechtensteins an der Deutschen Jagd- und Fischereiausstellung in Nürnberg aus. Im Zusammenhang mit der Ausstellung von Werken aus der Sammlung von Ferdinand Nigg in Köln wurden verschiedene Aktivitäten durchgeführt. Weitere Kosten ergaben sich aus der Organisation eines Besuchs des Sonnenzugs, aus der Abhaltung des Kongresses der Europäischen Musikschul-Union und aus der Wiederinstandstellung des Sportparks Eschen als Folge des letztjährigen Papstbesuches.

Die Zielsetzungen für den Fremdenverkehr sind schon mehrfach formuliert worden, seit der Landtag 1971 ein neues Fremdenverkehrsgesetz schuf. Und jetzt werden, weil ein Defizit von ungefähr einer halben Million Franken vorliegt, diese Zielsetzungen sowohl im Landtag als auch in der Öffentlichkeit wieder diskutiert, vielleicht auch variiert, ohne dass deswegen mehr Gäste ins Land kommen werden. Fünf Jahre nachdem das Gesetz über den Fremdenverkehr in Kraft war, schrieb Fremdenverkehrsdirektor Berthold Konrad in der «Bergheimat», dass der Blick in die Zukunft zuversichtlich sei: «Wir wollen aber nicht allein nach wirtschaftlichen Zielen trachten, sondern es müsste uns auch sehr daran gelegen sein, einer jener künftigen Zufluchtsorte in den Alpen zu bleiben, die dem Mitteleuropäer noch als Ausgleich zum Stress verbleiben werden.» In einem Konzeptvorschlag formulierte er 1983, langfristig sollte «eine möglichst optimale Befriedigung der vielfältigen touristischen Bedürfnisse für Menschen im Rahmen leistungsfähiger touristischer Einrichtungen und einer intakten Umwelt angestrebt werden.»

KOMMENTAR

Das Hauptinteresse an der in Wien mit Beteiligung unseres Landes derzeit stattfindenden KSZE-Nachfolgekonferenz gilt in der Öffentlichkeit, wozu auch die Medien nicht unwesentlich beitragen, mehr dem Treffen der Aussenminister der beiden Supermächte als der eigentlichen Konferenz. Dennoch begleiten die dritte Nachfolgekonferenz nach dem glanzvollen Auftakt von Helsinki im Jahre 1975, ungeachtet der bisherigen Schwierigkeiten im Ost-West-Dialog, gewisse optimistische Erwartungen. Die Wiener Konferenz bie-

Friedenspolitik: Vorstoss?

tet den Teilnehmern, darunter auch ein Kleinstaat wie unser Land, die Möglichkeit zur Darlegung der eigenen Wünsche und Politik.

Ob die liechtensteinische Delegation diese Chance nützen wird, bleibt abzuwarten. Im Konzert der Grossmächte bleibt dem kleinen Liechtenstein, das zwar wie die Grossmächte auch über eine gleichwertige Stimme verfügt, nicht viel Spielraum, doch zu einer klaren Stellungnahme in bezug auf den Frieden, die Achtung der Menschenrechte oder Erleichterungen der menschlichen Kontakte über den Eisernen Vorhang hinweg würde dieser Spielraum sicher ausreichen.

An die Regierung ist vor nicht allzu langer Zeit eine Petition über eine verstärkte Friedenspolitik gerichtet worden. Nach einer Antwort im Parlament, die einerseits eine grundsätzliche Bejahung der Friedensbemühungen enthielt, andererseits aber auf die Schwierigkeiten eines Kleinstaates hinwies, sich Gehör zu verschaffen, ohne sich aufgrund der fehlenden Grösse lächerlich zu machen, aber blieb bislang jedes weitere Echo aus.

Nun wäre in Wien ein Forum vorhanden, wo man auf Friedenspolitik und Menschenrechte hinweisen könnte. Schliesslich ist die liechtensteinische KSZE-Delegation, unabhängig ihres geringen Umfanges, ein gleichberechtigter Partner. (G.M.)

Ungewöhnliche Entschuldigung

(spk:dpa) In einer ungewöhnlichen Geste der Entschuldigung hat der deutsche Bundesausserminister Hans-Dietrich Genscher in Wien seinem sowjetischen Kollegen Eduard Schewardnadse eine schriftliche Erklärung des guten Willens der Regierung in Bonn vorgelesen.

In einer mit zwei Stunden mehr als doppelt so langen Unterredung wie ursprünglich vorgesehen hatte Genscher, der von Schewardnadse in die sowjetische Botschaft eingeladen worden war, von sich aus die Belastung der westdeutsch-sowjetischen Beziehungen angesprochen und im Auftrag von Bundeskanzler Helmut Kohl die Erklärung verlesen. Darin wurde auf Kohls Interview mit der Zeitung «Die Welt» verwiesen, die Unterstellung eines Vergleichs des sowjetischen Generalsekretärs Michail Gorbatschow mit dem Nazi-Propagandaminister Joseph Goebbels zurückgewiesen und die Verständigungs-Politik sowie die Hoffnung auf Zusammenarbeit mit der Sowjetunion unterstrichen.



«Ein Missverständnis. Ehrlich!»

(Copyright by Cosmopress)

Wir produzieren Software für industrielle und kaufmännische Anwendungen

PROLOG
PROGRAMMIER-DIENST AG

FL-9490 Vaduz Heiligkreuz 44 Tel. 075 / 27611